

## Der Schluß der Sitzung.

In einem kleinen Teil der gestrigen Abendausgabe ist durch ein Versehen die Rede des nationalliberalen Abgeordneten Otto dem Konservativen o. d. Osten zugeschrieben worden. — Nach dem Abg. Otto sprach

### Abg. v. d. Osten (kons.):

Ich will mich besonders mit den Äußerungen beschäftigen, die Herr v. Kardorff über unsere Stellung zur Monarchie hier getan hat. Wir sind der Ansicht, daß wir in einem konstitutionellen Staate leben, und daß auch die Osterbotschaft durch das ministerielle Bekleidungsstück, wie einmal ein Minister es genannt hat, vollständig gedeckt ist. Hier möchte ich übrigens gegenüber Herrn v. Kardorff einschalten, daß er irrt, wenn er meint, daß der Erbe der Krone von dem Juli-Erlasse des vorigen Jahres Kenntnis erhalten hat, bevor er hinausgegeben wurde. Das ist auf Grund von Informationen, die ich für verlässlich halten muß, unrichtig. Der Erbe der Krone hat vorher von diesem Erlaß keine Kenntnis erhalten. Wesentlich für unseren Royalismus ist die Frage, wie die Wirkung der Vorlage auf die Monarchie sein wird, im Falle der Ablehnung und wie im Falle der Annahme. Wir glauben, daß die Wirkung der Ablehnung weniger gefährlich für die Monarchie sein wird, als die Wirkung ihrer Annahme. Deshalb halten wir es für durchaus angebracht, an den besser zu unterrichtenden König zu appellieren. Unter dem Schlagwort „Vertrauen zum Volk“ kann man sich alles Mögliche denken.

Das gleiche Wahlrecht wäre ein Danaergeschenk für unser Volk, das noch nicht genug politisch geschult ist. Der hochfliegende Idealismus unseres Volkes, der von der Ministerbank bis zum einfachen Manne reicht, ist eine glänzende Legende, aber auch eine furchtbare Gefahr. Der Idealist fällt leicht auf die Nase. Man sagt, das gleiche Wahlrecht entspreche dem Wunsche des allgemeinen Volkswillens. Der Volkswille kann auch irren, namentlich, wenn er agitatorisch aufgepeitscht wird. Ich erinnere an die umschbar dann greifenden Intimité des Herrn von Bethmann. Einer geschickt geleiteten Presse ist es gelungen, eine scheinbare Volksmeinung zu erregen. Unseren Fronttruppen stehen wirtschaftliche Dinge vielfach höher als das gleiche Wahlrecht. Nach dem Kampf wollen sie Frieden und ein Heim haben.

Der Minister des Innern irrt, wenn er meinte, ein Scheitern lassen der Vorlage bedeute die beste Förderung der Sozialdemokratie. Tatsächlich erklärt die Sozialdemokratie die beste Förderung im gleichen Wahlrecht, sonst würde sie nicht so dafür eintraten. Ueber die Wirkung des Antrages Lothmann sind sich meine Freunde noch nicht recht klar. Interessant war jedenfalls, daß auch dieses Entgegenkommen von der Regierung mit einem garben Unannehmbar beantwortet worden ist. Die Regierung hat Scheinbar auf dem Standpunkt: Friß, Vogel, oder stirb! (Weiterkeit.) Man spricht immer nur von den Segnungen der Demokratie. Frankreich ist durch die Demokratie vertrieben worden. Und auch bei uns vertreten die Sozialdemokraten den Klassenkampf, d. h. den Klassenhaß. (Lachen bei den Soz.) In den schwersten Zeiten des Krieges ist uns die demokratische Presse in den Rücken gefallen. (Heftiger Widerspruch links. — Krufe: „Alldeutsche Blätter“!) Wir ist es nicht angenehm, in dieser Zeit solche Worte zu sprechen. (Lachen links.) Aber sollen wir etwa abhalten und alles über uns ergehen lassen? (Weiterkeit links.) Unser Heer besteht aus allen Ständen, auch unsere Söhne opfern ihr Alles für das Wohl des Vaterlandes. Auch sie verdienen einigen Dank und einige Rücksicht im politischen Leben. (Stürmischer Beifall rechts. Lachen links.)

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird gegen die Birde angenommen. Als Redner waren noch gemeldet die Abgg. Dr. Porsch (Str.), Traub (wild), Rangow F. Vpt.) und Hub (Soz.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Porsch (Fr. Vpt.) stellt aus dem Ausschussbericht fest, daß der Abg. v. d. Osten im Ausschuss erklärt habe, daß das Volk noch nicht politisch reif sei. Jeder sollte zu seinen Worten stehen. Herr v. d. Osten sollte dankbar dafür sein, daß ich ihm Gelegenheit gegeben habe, diese Beurteilung des Volkes vor dem Volke zu vertreten. (Lachen rechts.)

Abg. Hub (Soz.): Herr v. d. Osten hat als letzter das Wort ergriffen, damit wir ihm nicht mehr antworten können. Das kennzeichnet seine Kampfesweise.

Abg. v. d. Osten (kons.): Man hat meine Worte aus dem Zusammenhang gerissen. Ich weise es entschieden zurück, als ob ich nicht zu meinen Worten stehe. Sie bedeuten aber keine Beurteilung des Volkes. (Lachen links.)

Um 3 Uhr nachmittags soll dann zur Abstimmung geschritten werden. Zunächst soll über die §§ 1 bis 3 abgestimmt werden.

Ein Antrag Dreht, die Abstimmung über § 1—3 auszusetzen, bis sein Antrag, wonach zur Aenderung der Verfassung und der Wahlrechtsbestimmungen, sowie der Bestimmungen über das Gemeinbewahlrecht eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich sein soll, verhandelt worden ist, wird zurückgezogen.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Auch Dr. Friedberg begibt sich auf seinen Abgeordnetenplatz.

### § 1 und 2 angenommen.

§ 1 bestimmt, daß wahlberechtigt jeder Preuze ist, den 25 Jahre alt und seit wenigstens drei Jahren staatsangehörig ist.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts und Herabsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre wird abgelehnt. Für das Frauenstimmrecht stimmen mit den Antragstellern einige Fortschrittler. Ein fortschrittlicher Antrag, den die Erlangung des Wahlrechts durch Fortfall der Frist für die Staatsangehörigkeit erleichtern will, wird abgelehnt.

§ 1 wird unverändert angenommen.

§ 2, der feststellt, wer von der Wahlberechtigung ausgeschlossen ist, wird angenommen.

Der entscheidende § 3 lautet in der Fassung der Regierungsvorlage:

Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Abstimmung über das gleiche Wahlrecht ist namentlich.

Die Ausschussfassung sieht die Möglichkeit von sechs Zusatzstimmen vor. Dazu liegt der Antrag Lothmann (natl.) vor, der ein Zweitstimmenrecht vorsieht. Ein Antrag fordert Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Zunächst wird abgestimmt über den Antrag Lothmann. Er wird mit allen gegen etwa 30 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten mit dem Antragsteller ein Teil der Nationalliberalen, 3 Zentrumsabgeordnete, unter ihnen der Abg. Graf Spee, ferner 2 Freikonservative und der Abg. v. Kardorff.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den § 3 der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) haben wir oben mitgeteilt.

Präsident Graf Schwerin-Biwig erklärt darauf: § 3 der Regierungsvorlage ist also abgelehnt! (Abg. Hoffmann (Unabh. Soz.): Feldgrau und Munitionsarbeiter hört!! — Unruhe.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 4½ Uhr.